

ESSAY

So viel „1933“ steckt in der Krise

Weimar liegt in Thüringen. Und immer lauter werden die Warnungen, dass im Thüringer Landtag und darüber hinaus bald „Weimarer Verhältnisse“ herrschen. Allerdings ist stets Aufmerksamkeit geboten, wenn ein bloßer Begriff an die Stelle des Arguments tritt – denn das wäre Populismus. Die Drohkulisse einer Wiederholung Weimarer Verhältnisse steht im Apokalypse-Ranking recht weit oben. Sie vermag jenen Vorschub zu leisten, die Politik nicht mehr mittels besserer Argumente gestalten wollen, sondern mittels Angst: Die Bilder von der „Brandmauer“ gegen Rechts und vom antifaschistischen Schutzwall sind nicht weit voneinander entfernt – und beide verstellen verlässlich den Kern der Demokratie: über alles diskutieren zu können – und gemeinsam miteinander im Wettbewerb um die besten Konzepte zu ringen, unter selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Bürgern. Insofern lohnt es sich, die historischen „Weimarer Verhältnisse“ zu betrachten.

Aufgrund der Unruhen in Berlin nach dem Zusammenbruch der Monarchien tagte die verfassunggebende Nationalversammlung im beschaulichen Weimar. Der neuen und fortschrittlichen Verfassung fehlte jedoch von Beginn an ein Verfassungskonsens in der Bevölkerung – auch die im Reichstag vertretenen Parteien verstanden die Weimarer Republik als Übergangsphänomen. Nach einer relativ stabilen wirtschaftlichen Lage in den „Goldenen Zwanzigern“ brach 1929 die Weltwirtschaftskrise aus. Aufgrund des krisenbedingten Zusammenbruchs der Märkte zogen ausländische Kreditgeber ihr nun selbst dringend benötigtes Geld aus Deutschland ab. Die Wirtschaft kollabierte und die Regierung stand immer wieder kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Nicht Massenmigration, sondern Massenarbeitslosigkeit brachte die Sozialsysteme an ihre Grenzen – trotz weit geringerer Leistungen als heute. Bald reichten die Zuschüsse des Reichs zu den Sozialversicherungen nicht mehr. Am Ende zerbrach die Koalition am Streit um eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge, die damals bei dreieinhalb Prozent lagen.

Bei den Neuwahlen im September 1930 errangen die Republikfeinde KPD, DNVP und NSDAP zusammen 225 Sitze und die fünf übrigen Parteien von SPD bis DVP 280. Ähnlich wie heute in Thüringen fand sich keine stabile Koalitionsmehrheit gegen die Radikalen, sodass die Republik ohne demokratische Legitimierung mittels Notverordnungen des Reichspräsidenten durch die Krisen delirierte. Ab 1932 besaßen die Radikalen von links und rechts die Stimmenmehrheit im Reichstag. Schließlich wurde 1933 Adolf Hitler mit der Bildung einer Koalitionsregierung beauftragt. Zehn Jahre zuvor war dessen Partei verboten und keine zwei Jahre später neu gegründet worden.

KOMMENTAR

Wie Trump seine Konkurrenten überflügelte

An Selbstbewusstsein mangelt es Nikki Haley nicht. Obwohl die Kandidatin für die Präsidentschaftsnominierung der Republikaner bei der ersten Vorwahl in Iowa weit abgeschlagen hinter Donald Trump und selbst hinter Mitbewerber Ron DeSantis landete, verkündete sie noch am Wahlabend, es gebe nun noch ein Duell zwischen zwei Kandidaten – ihr selbst und Donald Trump. Eine mutige Einschätzung angesichts der Tatsache, dass Trump mit 56.260 Stimmen weit mehr als doppelt so viele wie Haley holte und diese deklassierte. Ihre Erfolgchancen tendieren auch nach dem Ausstieg aller Vorwahlgegner aus dem Nominierungrennen am Sonntag gegen null. Bereits die nächste Vorwahl in New Hampshire am Dienstagabend (Ergebnis lag zu Redaktionsschluss noch nicht vor) könnte das Ende ihrer Kandidatur besiegeln. Und das ist wenig überraschend.

Die 52-jährige Haley steht für genau den Typus republikanischer Establishment-Politiker, von dem sich die Parteibasis mit der Wahl Donald Trumps entschlossen abgewandt hat. Ihr Vorwahlgegner Vivek Ramaswamy brachte in einer TV-Debatte ihre politische Verortung prägnant auf den Punkt. „Dick Cheney mit drei Zoll hohen Absätzen“. Cheney prägte Jahrzehntlang in verschiedenen Funktionen die Politik der Republikaner und forcierte als Vizepräsident von George W. Bush den „Krieg gegen den Terror“, der Tausende amerikanische Soldaten und in den jahrzehntelangen Folgekonflikten Hunderttausende Iraker und Afghanen das Leben kostete. Cheney stand zudem ganz im Sinne seiner Partei für Sozialabbau, Freihandel und eine Politik, die sich nicht um die Interessen der Arbeiterschaft schert. Kurz gesagt: Er repräsentiert genau den ehemaligen Republikaner-Mainstream, der mit Donald Trump abgewählt wurde.

Die Sorge, dass Deutschland gerade „Weimarer Verhältnisse“ erlebe, ist in aller Munde. Tatsächlich gibt es verblüffende Parallelen, von Wahlergebnissen bis zu Parteiverboten. Und doch besteht ein zentraler Unterschied

JULIAN REITZENSTEIN

Wer heute glaubt, dass das „Verbot“ bestimmter Worte zu verändertem Denken führt (und man beispielsweise deshalb zu gendern anfängt), ist womöglich auch davon überzeugt, dass das Verbot bestimmter Organisationen zur Veränderung der politischen Gesinnung ihrer Anhänger führt. Die Realität zeigt jedoch, dass Ideen und Ideologien noch nie durch Verbote verschwanden. Die Republikfeinde von links und rechts propagierten Ideologien, die den Sturz der Republik samt Verfassung anstrebten, und hatten eine sehr klare Vorstellung von einer neuen Staats- und Verfassungsordnung, die sie in vermeintlich progressiver Sprache ausdrückten. Sie waren fest davon überzeugt, dass sie nur radikal genug sein müssten, damit man in anderen Ländern ihrem Beispiel folgt. Das heutige Phänomen saturierter Protestwähler mit geringer ideologischer Bindung war damals hingegen selten. Doch es ist gerade der Protest, der dieser Tage den Weimar-Vergleich populär macht: Seit einigen Jahrzehnten fesseln die Regierungen die Freiheit mit fortlaufend neuen Regeln und leisten gleichzeitig einer Identitätspolitik Vorschub, welche die Gesellschaft in immer kleinere Interessengruppen spaltet.

Die meisten dieser Gruppen haben allein keinen großen Einfluss auf die Politik mehr – es sei denn, es handelt sich um jene kleinen, aber lauten und Social-Media-affinen Gruppen, die es verstehen, mit Kampfbegriffen wie „strukturell“ eine Diskursheute zu erlangen und die Politik vor sich herzutreiben. Mit dieser Waffe erlangen sie Machtteilha-

be und Steuergeld für die eigenen Ziele. Derartige politischen Entwicklungen hat es so in Weimarer Zeiten nicht gegeben. Dort standen eher große gesellschaftliche Gruppen gegeneinander. Die meisten von ihnen sind heute aus dem politischen Diskurs so gut wie verschwunden, beispielsweise Facharbeiter oder Einzelhändler. Eine der wenigen verbliebenen großen Gruppen sind die Landwirte – und erscheinen vielleicht deshalb vielen wie ein Gespenst aus der Weimarer Vergangenheit.

Damals war die NSDAP vor allem erfolgreich durch aktives Handeln in der großen Politik und die Verbreitung anschlussfähiger Ideologien. Die AfD ist hingegen vor allem erfolgreich durch passives Zusehen, wie das selbstberauschte Sendungsbewusstsein anderer Parteien an der Realität scheitert – bei gleichzeitigem Vermeiden von Ideologiedebatten und Relativierung der bei manchen radikalen Funktionsträgern populären völkischen Narrative. Doch das stetige Gleichsetzen dieser in Teilen rechtsradikalen Partei mit der NSDAP ist ideologiegeschichtlich leichtfertig und relativiert die Verbrechen des NS-Regimes.

Das Unbehagen gegenüber betreuem Fühlen und Einengungen der Freiheit durch immer neue Vorschriften sowie gegen oftmals missionarisches und auch handwerklich mangelhaftes Regieren ist als offener Protest auf den Straßen angekommen. Eine der ersten Reaktionen aus der kritisierten Politik war die altväterliche Warnung vor dem Protest: Denn es könnten sich ja auch „Rechte“ darunter mischen. Dieser Reaktion wohnt implizit ein Ausschließen großer Bevölkerungskreise aus dem demokratischen Diskurs inne. Der für eine Demokratie bemerkenswerte Imperativ „Mit Rechten spricht man nicht“ wird durch solche Warnungen vorsorglich auf Bauernproteste ausgedehnt.

Regierungsmitglieder werden auf das Grundgesetz vereidigt, nicht auf Interessengruppen. Darüber hinaus bestimmt Artikel 38, dass Abgeordnete nicht Vertreter ihrer Wähler oder Parteien sind, sondern „Vertreter des ganzen Volkes“. Einzig Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung haben das Recht, ein Parteiverbot beim Bundesverfassungsgericht zu beantragen. Wenn sich aber der Bundeskanzler, die Ministerpräsidenten und Abgeordnete an Demonstrationen für ein Parteiverbot beteiligen, so ist das nicht nur eine offenkundige Ablenkung von der eigenen, zu Protest führenden Politik. Es führt auch zu einer verfassungsrechtlich bedeutsamen Frage: Demonstriert da Olaf Scholz für die Auflösung eines politischen Wettbewerbers seiner Partei – oder demonstriert da der Bundeskanzler als Verfassungsorgan gegen die Existenz einer in einem anderen Verfassungsorgan vertretenen Partei?

Wenn die Politik Weimarer Verhältnisse vermeiden will, sollte sie statt immer neuer Bevormundungen vertrauensvoll Freiheit gewähren. Wer aber notwendige Debatten unterbindet, weil diese „Wasser auf die Mühlen“ von Wettbewerbern wären, verspielt das Vertrauen der Mehrheit in die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Deren Feinde warten schon vor allen Toren auf diesen Moment. Wer sich bei allen populistischen Weimar-Vergleichen für die tatsächlichen Gründe des Scheiterns der Weimarer Republik interessiert, lese den Klassiker des Historikers Hans Mommsen mit dem denkwürdig aktuellen Titel: „Die verspielte Freiheit.“

Julien Reitzenstein forscht als Historiker unter anderem zu den Ideologien des Nationalsozialismus und zu völkischer Politik.

JÖRG WIMALASENA



Trump implementierte zwar eine neoliberale Steuerreform (die allerdings jeder andere Republikaner ebenso durchgepeitscht hätte), verfolgte ansonsten aber in Teilen eine für seine Partei untypische Politik. Er setzte auf Protektionismus und scheute sich auch nicht vor expansiven Staatsausgaben. Mit großzügigen Hilfspakten brachte der Ex-Präsident ab 2020 Millionen US-Amerikaner sozialpolitisch einigermaßen glimpflich durch die Covid-Krise. Er betonte mehrfach und gegen den Partei-Mainstream, die staatliche Rente und die Krankenversicherung für Ältere unangetastet zu lassen. Er kritisierte den von Republikanern lange gerechtfertigten Irakkrieg und versprach, die USA aus neuen Kriegen herauszuhalten – was ihm auch weitgehend gelang. Trump hat bis jetzt auch noch kein Versprechen abgegeben, die Ukraine weiter in ihrem Kampf gegen die russische Invasion zu unterstützen. Vor allem in Gegenden, aus denen viele ums Leben gekommene US-Soldaten stammen, schnitt Trump 2016 gut ab – und dort, wo die Menschen besonders unter globalisierungsbedingter Deindustrialisierung leiden.

Nikki Haley verkörpert genau das Gegenteil des Trumpismus. Sie ließ sich in der Vergangenheit großzügig von Konzernen finanzieren, will das Renteneintrittsalter anheben und besteht auf Schuldenabbau. Sie kämpft für die weitere Unterstützung der Ukraine und bezeichnet Russland

joerg.wimalasena@welt.de

KOMMENTAR

Ist das schön, diese Beseeltheit!

ANNA SCHNEIDER



Deutschland fühlt sich super. Also zumindest der Teil, der am Wochenende zu Hunderttausenden auf die Straße ging, um gegen rechts oder rechtsextrem – intellektuelle Haarspaltereien haben noch keinen Demokratieretter aufgehalten – aufzustehen. Und die Proteste gingen am Montagabend weiter, überhaupt soll damit in absehbarer Zeit nicht Schluss sein. Gut so, in einem freien Land kann und darf jeder für seine Überzeugungen auf die Straße gehen, es sei denn natürlich, man ist Landwirt, dann muss man sich vorher ausgiebig von rechtsextremem Unterwanderung distanzieren, damit einem die Gunst der Regierung zufließt. Das haben die sich im Widerstand gegen die AfD befindlichen Demonstranten freilich nicht nötig, gegen die Opposition geht auch der Kanzler gern auf die Straße. Kann schließlich nicht schaden, wenn einmal ein paar Tage nicht über die Ampel gesprochen wird.

Ist das alles schön, diese moralische Beseeltheit, die den politmedialen Raum fast zur Gänze in andere Sphären hebt. „Sophie Scholl kämpfte einst gegen die Dunkelheit des Nationalsozialismus mit der ‚Weißen Rose‘. Am

Wochenende erhoben Hunderttausende in ganz Deutschland ihre Stimmen gegen Rechts“, liest man in einem Facebook-Posting des SWR. Manch einer spürt sich offenbar so sehr, dass er sich eigentlich gar nicht mehr spürt.

Zweifler allerdings sind ungerne gesehen, das bekam auch die öffentlich-rechtliche Journalistin Julia Ruhs zu spüren. „Ich werd den Eindruck nicht los, dass je mehr Menschen auf die Demos strömen, selbstgewiss mit ‚FCK NZS‘ und Regenbogenflaggen wedeln, desto mehr wird die AfD als einzige Alternative wahrgenommen“, schrieb sie auf X, und es gibt wohl viele, die diesen Eindruck eher auch nicht loswerden. Die grüne Bundestagsabgeordnete Renate „Hass ist keine Meinung“ Künast gehört freilich nicht dazu, und weil moralische Überheblichkeit ab und zu auch schriftlich festgehalten werden muss, erwiderte sie, ebenfalls auf X: „Sie wird immer versuchen, alles kleinzureden oder kaputtzureden. Aber: sie ist völlig egal und nicht wichtig. Wichtig sind die 100000, die sich für unsere Demokratie einsetzen.“

Wer also nicht mitläuft oder einfach nicht daran glaubt, dass sich ohne eine andere Politik etwas am Aufschwung der AfD ändert, behält das dieser Tage lieber für sich. Auch so kann man die oft bemühte „schweigende Mehrheit“ herausfordern, aber vielleicht anders, als man sich das wünscht.

anna.schneider@welt.de

KOMMENTAR

Kein Geld den Israelhassern

FREDERIK SCHINDLER



Es war ausgerechnet das Auslandspropheten der iranischen Mullahs, in dem die britische Klimaaktivistin Zamzam Ibrahim Ende Dezember des vergangenen Jahres ihren Hass auf den jüdischen Staat verbreitete. In Gaza finde eine „ethnische Säuberung“ und ein „Völkermord“ statt, behauptete die 29-Jährige wahrheitswidrig im Interview mit dem Sender „Press TV“, der direkt Ajatollah Chamenei unterstellt ist. Bereits zuvor hatte sie Israels Politik mit dem Nationalsozialismus verglichen und das Existenzrecht Israels mit der Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“ verneint. Das Hamburger Staatstheater Kampnagel – alleinige Gesellschafterin ist die Stadt – hat Ibrahim dennoch eingeladen. Ab Donnerstag widmet sich dort ein dreitägiger Kongress der Bekämpfung des Klimawandels. Die israelfeindliche Aktivistin wird die Keynote halten.

Hamburg stehe angesichts des Terrors der Hamas „fest an der Seite Israels“, hatte der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) am jüngsten Jahrestag der Novemberpogrome behauptet. Die Stadt habe „keinen Millimeter Platz für Antisemitismus“. Das

ist offensichtlich unzutreffend, denn sonst dürfte dort keine Israelhasserin auf großer Bühne sprechen, und sonst forderte der Senat die Veranstaltung nicht auch noch finanziell.

Die Hamburger Kulturbehörde schließt sich zwar der Kritik an den Äußerungen Ibrahims an, verweist aber darauf, dass es sich um eine Veranstaltung zu einem anderen Thema handele und die Veranstalter zugesagt hätten, keinen Judenthass zu dulden. Die Behörde des Senators Carsten Brosda (SPD) übersieht dabei, dass Zamzam Ibrahim beide Themen miteinander verbindet. Klimagerechtigkeit sei der „globale Ruf nach dem Ende der Zerstörung“, was „perfekt zu den Erfahrungen der Palästinenser“ passe, sagte die Aktivistin dem Auslandssender des iranischen Antisemiten-Regimes. „Die Gerechtigkeit liegt bei Gott, aber der Widerstand liegt in unseren Händen“, schrieb Ibrahim zwei Tage nach dem 7. Oktober. Zu dem Zeitpunkt waren viele israelische Todesopfer des Hamas-Angriffs aufgrund der teils weitreichenden Verstümmelungen noch nicht einmal identifiziert.

Der Hamburger Senat muss die Förderung der Veranstaltung zurückziehen, sollte sich das Theater Kampnagel einer Umbesetzung der Keynote verweigern. Es wäre an Scheinheiligkeit schwer zu überbieten, der toten Juden zu gedenken, während man die lebenden Juden im Stich lässt.

frederik.schindler@welt.de

LESERBRIEFE

Abgehoben

Zu: „Da läuft etwas falsch“ vom 18. Januar

Boris Palmer findet, „300 Euro mehr im Geldbeutel“ seien für die meisten Arbeitnehmer nicht lohnenswert genug, um arbeiten zu gehen. Das aber sehen offensichtlich mehr als sechs Millionen (Stand: 2022) Bezieher von Niedriglöhnen ganz anders. Sie müssen sich angesichts derartiger Äußerungen verhöhnt fühlen. Für einen Oberbürgermeister mit einem monatlichen Einkommen von deutlich über 10.000 Euro mögen ein paar hundert Euro ein eher läppischer Betrag sein. Für Bürgergeldbezieher sieht die finanzielle Welt aber anders aus. Als langjähriger Oberbürgermeister erwartet man von Boris Palmer wesentlich differenzierte-

re Kenntnisse der sozialen Probleme seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger.

DR. HARTMUT SEIFERT, DÜSSELDORF

Verwirrend

Zu: „Der nachgeholt Widerstand“ vom 22.01.2024

Was will der Autor mit diesem wirren Leitartikel sagen? So richtig erschließt sich mir das nicht. Einerseits die Demonstrierenden herablassend beschimpfen. Andererseits boulevardartig Robert Habeck ein „verwelktes Madonnenlächeln“ bescheinigen. Dann meines Erachtens zu Recht anmerken, dass man die seit Jahren jedem bekannten Probleme für eine wirksame Bekämpfung der AfD gefälligst lösen möge.

HARTMUT HENKEL, LÜBECK

Ihre Post an: DIE WELT, Brieftfach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.